

Manuskript

Beitrag: Ausgebremste Verkehrswende? –
Wie Grüne und FDP ums Auto streiten

Sendung vom 30. November 2021

von Armin Coerper, Felix Klauser und Michael Strompen

Anmoderation:

Es war eines der großen grünen Wahlversprechen - eine klimagerechte Verkehrswende für Deutschland: Die wäre eigentlich auch nötig, denn die Emissionen des Pkw-Verkehrs sind in den vergangenen 25 Jahren nicht – wie eingeplant – um 40 Prozent gesunken, sondern um weitere fünf Prozent gestiegen. Aber vom Verbrenner-Aus oder einer Fahrradoffensive findet sich im Koalitionsvertrag der künftigen Regierung praktisch gar nichts mehr. Die Grünen als Geisterfahrer beim Klimaschutz? Und die FDP, die jetzt auch noch den künftigen Bundesverkehrsminister stellen wird, fährt offenkundig geradeaus ins „Weiter so“. Armin Coerper und Felix Klauser über Verkehrswende verkehrt.

Text:

Diese Bilder sollten der Vergangenheit angehören: Die Verkehrswende war eines der Herzstücke der grünen Agenda - landauf, landab proklamiert.

***O-Ton Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen, MdB,
Fraktionsvorsitzender:***

Wir brauchen eine ganze Reihe von Maßnahmen, dass endlich die Verkehrswende vorangeht.

***O-Ton Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen,
Bundsvorsitzende:***

In Deutschland wurde nicht nur das Auto erfunden, sondern auch das Fahrrad.

***O-Ton Robert Habeck, Bündnis 90/Die Grünen,
Bundsvorsitzender:***

Mobilität muss anders gedacht werden: weniger Autos, mehr Freiheit für die Menschen.

O-Ton Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen, Bundesvorsitzende:

Und schon allein dafür, dieses Verkehrsministerium zu einem wirklichen Infrastrukturministerium des Jahres 2021 umzubauen, lohnt es sich am 26.9. grün zu wählen.

Doch wer für den Verkehr grün gewählt hat, der bekommt jetzt vor allem gelb: Die FDP hat das Verkehrsressort erobert, erstmals übrigens. Volker Wissing soll es werden. Das sorgt mancherorts - gelinde gesagt - für Irritationen.

Frankfurt am Main. Fast jeder Vierte hat hier grün gewählt. Auf dem Wochenmarkt macht sich Ernüchterung breit:

O-Ton Britta Bückner, Mitglied Bündnis 90/Die Grünen:

Also, ich habe das Gefühl, dass sie sich in wesentlichen Dingen eigentlich haben über den Tisch ziehen lassen. Vor allem wenn's jetzt zum Beispiel um die Verkehrspolitik geht, das ist ein wesentlicher Grund, weshalb ich die Grünen gewählt habe.

O-Ton Tilo Hillmer, Wähler Bündnis 90/Die Grünen

Dass ich den Wechsel von Scheuer erst mal total toll fand, dass es jetzt bei "freie Fahrt für freie Bürger" gelandet ist, finde ich wiederum auch nicht wirklich zielführend.

O-Ton Margit Kaiser-Barit:

Es geht immer um Geld und um Wirtschaft. Und dann - glaube ich - hat so eine FDP eine stärkere Lobby. Und das müssen die Grünen auch einsehen.

Einsehen müssen die Grünen wohl, dass die Verkehrswende abgeblasen ist. Das zeigt der Vergleich zwischen grünem Wahlprogramm und Koalitionsvertrag:

Thema Fahrradwende: **"Deutschland wird Fahrradland (...)"** heißt es im Wahlprogramm, die Anzahl der Radwege soll **"(...) verdoppelt (...)"** werden. Im Koalitionsvertrag bleibt davon: Die vorhandenen Mittel werden wir **"(...) absichern (...)"** - also: Bewahren des status quo.

Thema Dieselsubventionen: aus **"(...) beenden (...)"** im Wahlprogramm wird **"(...) überprüfen (...)"** im Koalitionsvertrag.

Und aus dem Tempolimit "(...) von 130 km/h." wurde: Ein Tempolimit "(...) wird es nicht geben."

Sucht man auf den 177 Seiten den Begriff „Verkehrswende“ stellt man überrascht fest: keine Treffer - die Wende gibt's nicht mehr.

Omid Nouripour wird als grüner Parteichef gehandelt – Erklärungsversuche:

***O-Ton Omid Nouripour, Bündnis 90/Die Grünen, MdB:
Ich glaube, dass eine Wende keine Wende ist, wenn man einfach nur davon spricht, dass es sie geben soll, sondern es geht ja um die Instrumente. Und da sind einige starke Punkte, die auch eine Mobilitätswende mit sich bringen, im Koalitionsvertrag verankert.***

Dem Sondierungspapier hatte die Grüne-Basis noch brav zugestimmt, doch jetzt macht sich Unmut breit - eine Zustimmung zum Koalitionsvertrag ungewiss:

***O-Ton Daniel Sidiani, Mitglied Bündnis 90/Die Grünen:
Alles was nicht geht, ist konkret, alles was gehen könnte, ist sehr schwammig mit Worthülsen, schöne Worte - aber eben auch leere Worte auch oft.***

Daniel Sidiani hat eine Petition gegen den Koalitionsvertrag gestartet. Mehr als 600 Mitglieder unterstützen bereits die Rebellion der Basis.

***O-Ton Daniel Sidiani Mitglied Bündnis 90/Die Grünen:
Als ich das Verkehrskapitel im Koalitionsvertrag gelesen habe, war ich persönlich sehr, sehr enttäuscht und ernüchtert, habe mich dann auch mit Parteifreunden ausgetauscht, die das alles ähnlich gesehen haben, und habe deshalb gesagt: Ich muss jetzt was tun.***

Doch erst mal steuert den Verkehr in Deutschland die FDP - wie konnte das passieren?

Im politischen Berlin kursieren die Theorien: Mancher Beobachter mutmaßt, die Grünen hätten freiwillig auf das Verkehrsministerium verzichtet: Streben nach Macht und Prestige.

***O-Ton Prof. Wolfgang Merkel, Politikwissenschaftler,
Humboldt-Universität zu Berlin:***

Macht deshalb: das Außenministerium, das wohl dann hätte getauscht werden müssen, hat einen anderen Machtanspruch, ein anderes Machtgefüge als das Verkehrsministerium. Bei Prestige kann man sagen, die designierte Außenministerin Annalena Baerbock, die ja noch mehr werden will, oder zumindest das bleiben will, was sie ist, das ist gesicherter im Außenministerium als etwa im Verkehrsministerium.

Haben die Grünen das Verkehrsministerium kampflos den Liberalen überlassen, weil mit dem Ressort seit Jahrzehnten nichts zu gewinnen ist?

O-Ton Prof. Wolfgang Merkel, Politikwissenschaftler, Humboldt-Universität zu Berlin:

Die Erfolglosigkeit der letzten fünf Jahrzehnte von den bundesdeutschen Verkehrsministern ist geradezu Legende. Der Verzicht war natürlich klammheimlich, sie können nicht offen, als die Klimapartei, sagen, Verkehrspolitik interessiert uns nicht.

Fest steht: Die Grünen haben ein Schlüsselressort verloren. Die Liberalen dagegen können mit sich zufrieden sein. Oliver Luksic hat für die FDP verhandelt, das Kapitel "Verkehr" im Koalitionsvertrag trägt seine Handschrift.

O-Ton Oliver Luksic, FDP, Verhandlungsführer Arbeitsgruppe "Mobilität":

Die FDP ist froh, dass wir im Verkehr Technologieoffenheit im Großen und Ganzen drin haben. Wir haben sehr viele Aspekte zur Dekarbonisierung, Digitalisierung und Vernetzung der Verkehrsträger drin - ein aus FDP-Sicht sehr guter Kompromiss.

Matthias Gastel hat für die Grünen mit verhandelt, jetzt muss er das Ergebnis irgendwie verkaufen:

O-Ton Matthias Gastel, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied der Verhandlungsgruppe "Mobilität":

Wir als grüne Verkehrsleute hätten uns natürlich gerne ein Grün-geführtes Ministerium gewünscht, müssen und werden aber natürlich mit dem FDP-Bundesverkehrsminister gut zusammenarbeiten.

Gut zusammenarbeiten? Der designierte Verkehrsminister Volker Wissing ließ am Wochenende wissen:

„Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass höhere Energiesteuern auf Dieselkraftstoffe durch geringere Kfz-Steuern ausgeglichen werden.“

O-Ton Omid Nouripour, Bündnis 90/Die Grünen, MdB:
Ich habe mir schon ein bisschen die Augen gerieben, dass jemand designierter Verkehrsminister wird und als erstes die Nachricht setzt, jetzt müssen die Autofahrer entlastet werden. Das ist nicht das, was wir miteinander vereinbart haben, und daran werden wir noch erinnern.

Das Umweltbundesamt jedenfalls erinnert daran, dass der Verkehrssektor,

Zitat:

„in den vergangenen Jahrzehnten seine Treibhausgasemissionen nicht mindern konnte.“

Um die Klimaziele doch noch zu erreichen, fordert die Behörde:

"Keine Neuzulassung von Pkw mit Verbrennungsmotor spätestens [zwischen] 2032 und 2035".

"Ein generelles Tempolimit von 120 Stundenkilometer auf Autobahnen."

Und:

"Die Subventionierung von Dienstwagen solle ab 2022 schrittweise abgebaut werden."

Doch der Koalitionsvertrag spiegelt das nicht wider.

Umweltverbände wehren sich. Jürgen Resch von der Deutschen Umwelthilfe hat schon Dieselfahrverbote per Klage durchgesetzt, jetzt will er erneut vor Gericht ziehen.

O-Ton Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe:

Der Koalitionsvertrag im Verkehrsbereich ist schlichtweg verfassungswidrig, weil er eben entgegen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes in der von uns mit erstrittenen Entscheidung vom April für den Verkehrsbereich einfach keine wirklich messbaren Reduktionen der CO2-Emissionen bringt, auch keinen Einstieg in die Verkehrswende.

Die Verkehrswende. Sie war ein Teil grüner Identität und hat es doch nicht in die politische Realität geschafft. Nach 16 Jahren auf Oppositionskurs scheint es, als würden die Grünen in der Regierung ziemlich unsanft ausgebremst.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.